

103. Vollversammlung Beschluss Jugendarbeit ist - auch in Pandemiezeiten - systemrelevant

Kinder- und Jugendarbeit ist auch in Krisenzeiten wie der derzeitigen Corona-Pandemie durch die politischen Akteure als „systemrelevant“ zu erachten. Maßnahmen zur Einschränkung der Jugendarbeit oder gar Schließung der Einrichtungen sollten – sofern es die Krisenzeit (z.B. der Infektionsschutz) zulässt – nicht getroffen werden. Notwendige und unabwendbare Maßnahmen sind mit den Trägern der Kinder- und Jugendarbeit abzustimmen.

Forderungen:

Die Kinder- und Jugendarbeit ist gerade in Krisenzeiten eine wichtige Stütze für Kinder und Jugendliche und damit als systemrelevant einzustufen. „Kinder- und Jugendarbeit, mit den gebotenen Freiräumen, Peerkontakten und den Unterstützung bietenden Professionellen, ist für viele Kinder und Jugendliche in ihrem Aufwachsen systemrelevant!“ so Prof. Dr. Gunda Voigts (HAW Hamburg).

Gerade während der Pandemie wird das deutlich: ohne die Angebote der Jugendarbeit in Gruppen, Projekten und Jugendzentren sind die Handlungsräume von Kindern und Jugendlichen unzumutbar eingeengt. Ehrenamtliche und hauptberufliche Fachkräfte bieten Kindern und Jugendlichen Unterstützung, Hilfe, ein offenes Ohr und Orientierung während dieser erschwerten Zeiten des Aufwachsens und Erwachsenwerdens. Die Kinder- und Jugendarbeit ist in der Lage, kinder- und jugendgerechte Schutzräume zu bieten – auch unter Einhaltung des Infektionsschutzes. Die Kinder- und Jugendarbeit hat bereits ausgefeilte Hygienekonzepte erarbeitet, mit denen eine Aufrechterhaltung der Angebote und eine Öffnung der Einrichtungen auch unter dem Gesichtspunkt des Infektionsschutzes möglich ist – diese Konzepte sind wahrzunehmen und anzuerkennen.

Die Kinder- und Jugendarbeit ist als systemrelevanter außerschulischer Bildungsort anzuerkennen. Nicht zuletzt können Kinder und Jugendliche hier auch lernen, die Hygieneregeln einzuhalten und deren Bedeutung richtig einzuschätzen.

Demokratische Mitbestimmung und Jugendbeteiligung darf während einer Krise nicht völlig aus dem Blick geraten. Kinder- und Jugendverbände und -organisationen sind in Entscheidungsprozesse, die sie betreffen einzubeziehen. Ihre Expertise, ihre Erfahrung kann politische Entscheider*innen dazu

befähigen, die Lebensrealität der Kinder und Jugendlichen besser einzuschätzen und kinder- und jugendgerechte Entscheidungen zu treffen.

Wir alle wollen diese Krise solidarisch und mitfühlend meistern und bewältigen. Dazu braucht es aber den politischen Dialog und die Interessen und Bedarfe einer ganzen Generation dürfen nicht aus dem Blickfeld der öffentlichen Wahrnehmung geraten.

Der Vorstand des Landesjugendring Saar wird beauftragt mit der Landesregierung im Sinne dieser Forderungen Gespräche zu führen. Er stimmt sich dabei mit der AG „Eigenständige Jugendpolitik“ und dem Hauptausschuss ab. Zudem werden die Vertreter*innen des Landesjugendhilfeausschusses gebeten, z.B. die „Ad hoc AG Corona“ als Plattform zu nutzen, im Sinne dieser Forderungen Gespräche mit dem Ministerium für Soziales zu führen.

Einmütig bei zwei Enthaltungen beschlossen

